

für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark auschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummern 15 Pf. Bestellungen werden von allen R. Sch. Anstalten entgegenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Sonder-Zeitung' eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe. 'Sonder-Zeitung' gedruckt. Fernr. der Geschäftsleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133; Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Sozial-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

wirden 8. Sept. 1910. Die Millimeterzeile des Dr. Anzeigen-Anschlusses vom 11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds. 6 Uhr. Abstellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Geschäftsstelle: Halle, Erfurterstr. 12. Sonntags-Anschl. 11. Geschäftsstelle: Halle, Neus Promenade 1a, St. Oroschauerstr. 17. Lebens-Geschäftsstelle: Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 475.

Halle, Freitag, den 10. Oktober.

1910.

Clemenceau und Wilson.

Reichswehrminister Noske über die Abrüstung. — Minister Oeser über die Lage im Eisenbahnbauwesen. Die bayerischen Kommunisten wieder am Werk.

Clemenceau amtsmüde?

WTB. Versailles, 9. Okt. (Drahtnachricht.) Einer Deputation von ehemaligen Frontsoldaten ersuchte Clemenceau, er wolle nach 50jähriger Arbeit sich um öffentlichen Leben zurückziehen. Er werde weder eine Kandidatur für den Senat noch für die Kammer annehmen.

Wilson's Vertreter.

WTB. Versailles, 9. Okt. (Drahtnachricht.) Der Sonderberichterstatter des 'Ego de Paris' in Washington meldet vom 7. d. M., daß Jacksons in 8 bis 10 Tagen Vizepräsident Marshall interimistisch zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ernannt werden wird.

Wilson frisch und munter?

WTB. Haag, 9. Okt. (Drahtnachricht.) Der 'Nieuwe Courant' meldet aus Washington, daß der Kernarzt Dr. Derium aus Anlaß der Gerüchte von einer Geisteskrankheit Wilsons erklärt hat, daß Wilson frisch und munter sei. Sein physisches Befinden mache Fortschritte.

Aus Saarbrücken.

Durchgreifende Maßnahmen zur Herstellung der Ruhe.

WTB. Saarbrücken, 9. Okt. (Drahtnachricht.) Ueber die im Auftrage des Generals Ludauer und unter Vorbehalt des Landtages Haltern abgeleiteten Besprechungen, an denen Vertreter der französischen Besatzungsbehörden, der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Angestellten und Beamten teilnahmen, wird bekannt gemacht, daß Schieber mit Judzhans nicht unter einem Jahre bestrast werden sollen. Die Zwangswirtschaft wird durchgeführt durch die Schaffung bürgerlicher Wirtschaftsräte mit einer Zentrale in Saarbrücken. Ferner wird angezweifelt die Befestigung von Höchstpreisen und Erzeugerhöchstpreisen, die ausgiebige Belieferung mit Rohlen für Industrie und Handel. Für die sofortige Ausschreibung von Kommunalwahlen wird sich die französische Verwaltung mit der Kommission in Verbindung setzen. Ueber die Sonderforderungen der Eisenbahner wird telegraphisch die Entlassung des Reichsrats hoch eingefordert. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, sobald die Pfändungen aufgehoben und die Arbeit aufgenommen wird. Die Straßburger 'Neue Zeitung' meldet dazu, es handle sich bei den Sonderforderungen der Eisenbahner 1. um Abschaffung der weißen Armbanden und der Verpflichtung der Eisenbahner, die französischen Offiziere zu grüßen und 2. um die Verarmungsfreiheit, 3. um die Zurückführung der Kolonialtruppen. Die Arbeiter erklären sich mit den Eisenbahnen solidarisch und beschließen, den Streik fortzusetzen, solange sie nicht betreffs dieser Punkte Genugtuung erhalten.

Allgemeiner Arbeiterstreik in Kaiserslautern.

WTB. Kaiserslautern, 9. Oktober. Nach der 'Pfälzischen Presse' haben gestern vormittag 9 Uhr die Arbeiter sämtlicher Betriebe die Arbeit niedergelegt anlässlich der Verhaftung von Arbeiterführern.

WTB. Kaiserslautern, 9. Oktober. Eine große Anzahl von Arbeitern und Angehörigen begaben sich vor das Stadthaus, so daß jeder normale Verkehr unmöglich war. Wie die 'Pfälzische Presse' hört, haben sich auch die Arbeiter der Hauptwerkstätten und der Betriebsinspektion der Bewegung angeschlossen und sich auch an der Demonstration beteiligt.

Die Streiks in Pommern.

WTB. Ewinemünde, 9. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die Streikwut in der Provinz Pommern nimmt die sonderbarsten Formen an. Nachdem von einem streikenden Streik in den Krankenhäusern berichtet wurde, liegt jetzt die Diebstahl vor, daß auf der Insel Rügen ein Festschiffstreich ausgebrochen ist. Nach einer Verordnung des Landrates sind von den Schiffstern Zulassungen für Schiffsleute zu erteilen. Die Schiffster behaupten, daß sie dadurch Schaden erleiden und haben infolgedessen die Wachmannung eingeleitet. Die Insel Rügen ist also vorläufig ohne Festschiff.

Ein kommunistischer Plan in Nürnberg ausgedeckt.

WTB. Nürnberg, 9. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die Polizei verhaftete verschiedene führende Persönlichkeiten der bayerischen kommunistischen Partei, darunter verschiedene von Wien zugewandene Agitatoren. Die Vernehmung der Bezugs, die

mit Truppen besetzt ist, und des Hauptbahnhofes wurde durchgeführt. Die Maßnahmen sind auf kommunistische Gewaltpläne zurückzuführen, die der Regierung bekannt wurden.

Eine Note des Chefs der russischen Westarmee.

WTB. Wilna, 8. Oktober. Oberst Amalow-Bermond hat heute die höchsten Vertreter der Entente folgende Note übergeben:

„An die Vertreter der alliierten Mächte in Rußland. Ich habe als Chef der russischen Armee in den westlichen Provinzen um die Bolschewisten zu bekämpfen und Ordnung und Sicherheit meiner Aktionsbasis wieder herzustellen, mit dem Führer der deutschen Truppen, die das Land besetzt halten, einkommen zu müssen, wonach ich den allmählichen Abzug dieser Truppen und die Sicherung ihrer Transporte nach Deutschland garantiere.“

Um mitzuteilen, daß der chaotische Zustand der Verwaltung aufgehört, in welchem sich die durch meine Truppen besetzten Provinzen befinden. Ich habe einen Zentralausschuß ernannt, und ihn beauftragt, zeitweilig eine Verwaltung auszuüben und zu organisieren, sowie die Grundlagen von liberaler Verwaltungsmethoden auf demokratischer Grundlage nach den Wünschen der Bevölkerung vorzubereiten. Zu meinem großen Bedauern hat die gegenwärtige bolschewistische Regierung gegen die Grenzen meiner militärischen Basis bedeutende bolschewistische, sogar bolschewistische Truppen zu verschieben. Ich hatte meine eigenen Befehl gegeben, trotz der fortgesetzten Herausforderungen sich nicht mit den bolschewistischen Truppen einzulassen. Diese aber, weit entfernt, Zurückhaltung zu zeigen, glaubten in meinem Vorgehen eine Art Schwäche zu sehen und arteten meine Stellung an an. Von ihrer Haltung bin ich genuggenommen, Maßnahmen für meine militärische Sicherheit zu ergreifen und eine neue Linie zu befestigen, die mir die Möglichkeit gibt, gegen die Feinde meines Landes, die Bolschewisten, zu marschieren und sie wirksamer zu bekämpfen. Ich wage zu hoffen, daß die meinem Lande verbündeten Mächte meine Bemühungen unterstützen gemäß den Verträgen, die viele Mächte mit meinem Land verbinden, und mir alle Erleichterungen gewähren werden, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Russischer Dank an Deutschland.

WTB. Wilna, 7. Oktober. Der Oberbefehlshaber der freiwilligen russischen Westarmee, Oberst Amalow-Bermond, hat der deutschen Gesandtschaft heute nachmittag folgende Note überreichen lassen:

„An die deutsche Regierung. In den von Bolschewismus befreiten Teilen Westrußlands habe ich, unterstützt von dem am 7. Oktober neu gebildeten Zentralrat für Westrußland, im Namen Groß-Preußens die Aufgabe der Wiederherstellung der Staatsordnung und Recht übernommen. Als Vertreter der russischen Staatsgewalt will ich die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um der deutschen Reichsregierung den Dank Rußlands auszusprechen für die unschätzbaren Dienste, die die deutschen Truppen Groß-Preußen geleistet haben. Ich habe das feste Vertrauen, bei der Wiederherstellung des Bolschewismus im russischen Staat bei allen Völkern das Verständnis zu finden, das notwendig ist, um diese Weltgefahr zu beseitigen.“

Erhebung gegen die Bolschewisten in Moskau.

WTB. Rotterdam, 9. Okt. (Drahtnachricht.) Einer Meldung aus Rewal zufolge haben sich die Sozialrevolutionäre gegen die Bolschewisten in Moskau erhoben.

Französische Einkäufe in Deutschland.

WTB. Paris, 9. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die 'Information' hat aus Paris: Die französische Ministerium für die Wiederherstellung der französischen Industrie hat beschlossen ein Schreiben an die französischen Industriellen zu richten, indem sie diese ermahnen, die mehrfachen Bedenken gegen den Einkauf in Deutschland fallen zu lassen. Die Mitteilung sagt hinzu, daß seit 1. Oktober mit den in Betracht kommenden deutschen Firmen vollständig unbeschränkt korrespondieren werden können.

Die Entente und die Auslieferungfrage.

WTB. Amherdam, 9. Okt. Der Pariser Korrespondent des 'Allgemein Handelsblatt' berichtet, daß die Meinung, wonach der Rat der fünf sich bereits mit der Bitte der deutschen Offiziere, die an die Entente ausgeliefert werden müssen, befaßt hat, den Tatsachen nicht entspricht. Bisher haben sich nur die einzelnen Regierungen mit der Auffassung des Willen abgemessen.

Das brennende Elßaß.

Das Oktoberfest der 'Deutschen Nation' vorläufig über die Lage im Elßaß Informationen, denen wir Folgendes entnehmen:

Es brennt im Elßaß und in Lothringen. Das ganze Land ist zum Pulverfaß geworden, und an allen Ecken und Enden schlagen die Flammen aus.

Die sozialistischen Organe Mühlhausens und Straßburgs rufen das Volk auf gegen den 'Fremdling', der katolische 'Elßaß Kurier' tut wohl oder übel mit, er hat Verlangen nach der Volksvertretung, nach dem Nationalrat, der vor nun bald einem Jahre von Frankreich mit eleganter Handbewegung zur Seite gelassen wurde. In der 'Republik', dem demokratischen Blatt Straßburgs, dessen 'directeur politique' Blumenthal ist, wird von dem Leitartikel Camille Dahlet, dessen Freundschaft für die Franzosen vor kurzen noch über allem Zweifel erhaben schien, mit allen Glößen verkündigt, im Elßaß müsse vorläufig Deutsch Truppen sein in Gericht, in Schulen, in Verwaltung; 'wir sind hier zu Hause und nicht die Franzosen!'.

Der letzten Anstoß zum Ausdruck der leidenschaftlich erregten Volkstimmung hat ein Parlament in Weß gegeben, das unwillkürlich die Erinnerung an den Fall Zabern ungeliebten Gedankens aufsteigen läßt. Der Leiter der Eisenbahnerwertigkeiten ließ sich zu der Bemerkung hinreißen, die Elßaß-Lothringer seien in der Wehrzahl 'hoch' und täten am besten daran, sich über den Rhein zu begeben. Das führte zu Kränkeln zwischen Arbeitern und Franzosen, führte zur Arbeitsüberlegung auf dem ganzen lothringischen Eisenbahnbau, zur Aufstellung extrem-partikularistischer Forderungen in der Sprachenfrage sowie in der Frage der Befreiung der Beamtenstellen. Vor allem wurde die Entfernung von Herrn Reger nicht nur aus Lothringen, sondern aus Elßaß-Lothringen überhaupt gefordert. Die Post- und Telegraphenbeamten schlossen sich an; die Franzosen haben sich in ihrer Hilflosigkeit gegungen, den Belagerungszustand zu verhängen. Da Elßaß-Lothringen heute mehr denn je eine seelische Einheit ist, so wurde auch das Elßaß logisch von demselben Affekt ergriffen.

Heute aber schon läßt sich mit Zug und Recht sagen: Frankreichs elßaß-lothringische Legende ist zusammengebrochen. Es mag das Land sich physisch eine Zeitlang behaupten, seelisch gehört es ihm nicht; das französische Elßaß-Lothringen wird ein im Namen der 'Freiheit' geknechtetes Elßaß-Lothringen sein, das sich mit all der hartnäckigen und auch wieder geschmeidigen Widerstandskraft des alemannisch-fränkischen Grenzländers keinen Herrn und Meister gegenüber aufbauen wird, bis dessen Hände locker werden und er das Land seinen eigenen Weg gehen lassen wird. Denn Subjekte wollen die Elßaß-Lothringer werden. Daß sie es auch im Deutschen Reich nicht wollen und ganz waren, das war ihr und unser Glück. Vor einem Jahre gegen was es Frankreich, durch die geläufige Benutzung der elßaß-lothringischen Stimmung die Welt zu täuschen. Sein böses Gewissen gab ihm unter Hinweis auf die Empfangsfeierlichkeiten die Parole ein: 'Le plébiscite est fait' und so lächelte es mit der Ueberhebung des Siegers und der Ungleichheit des Betrügers den deutschen Vorschlag der Volksabstimmung ab. Es wußte sehr wohl, daß ein gut Teil der Begeisterung beim Empfang auf die 12 Millionen Franzosen zurückging, die wie im Elßaß die Spanen von den Dächern pfeifen, die Societe Koban soll im Lande haben spielen lassen, auf das Weisheit und den Wein und die vielen anderen schönen Sachen, die aus den deutschen Betänden flammten, auf den Friedenshunger der Masse der Bevölkerung, auf den Geschäftsgeizismus gewisser bürgerlicher Kreise, auf die romantischen Träume von Priestern, Frauen und alten Leuten.

Die alten Leute, die Frauen, die Priester und die Kinder waren dahinein im Elßaß-Lothringen, als die Franzosen kamen, nicht dahinein aber war der Kern des Volkes, war die mehrzahlige Mannschaft vom 17. Lebensjahr bis über das 40. hinaus. Sie fand in der deutschen Armee und lehrte in ein französisches Elßaß-Lothringen heim, müde, betrog, wohnt, kenntest, übergeben. Kummer aber ist es die Masse der elßaß-lothringischen Männer, die sich zum Wort meldet. Gehört durch den Krieg, maßlos gereizt durch die Ueberhebung der Fremdlinge, in ihrem Erbes verlegt durch das Demagogentum und die gemeine Güntlingswirtschaft, die sich im Lande breit machen, sieht sich zum Kampf um ihre Heimat genuggenommen, weil sie, die alemannisch und fränkisch ist, nicht und denkt, in einem französischen Elßaß-Lothringen unzulässig unter die Äcker kommen muß.

Wir können auf die Wahlen gespannt sein. Immer noch hofft Frankreich, sie zu einem neuen Scheinbesitz zu gestalten zu können. Zu diesem Zweck wendet es die verzweifeltsten Mittel an. Vor Wochen schon erklärte man sich im Elsch, daß nunmehr schon über 30 000 Franzosen ins Land gezogen worden wären, um ihr Recht auf Elsch-Bödingen auszuüben. Aber all das sind Märchen, die den Durchbruch der Wahrheit gar hemmen, aber nicht verhindern können. Elsch-Bödingen ist auf dem Marsch!

Die Plünderungsschäden.

Ausfluß zur Beratung des Gesetzes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden.

Der Ausschuß hielt seiner erste Sitzung am Mittwoch ab. Ein Sozialdemokrat trat für die Annahme des Gesetzes ein. Dem Widerspruch der Vertreter der deutschen Demokraten. Er wies daraufhin, daß der Staat keine Bürger und ihr Eigentum zu schützen habe, könne er das nicht, so müsse er den Schaden tragen. Es sei geradezu traurig, wenn man jetzt sage, der Bürger hätte sich selbst zu schützen sollen. Einmal ist es unmöglich, zum andern zeige der Staat seine Ohnmacht. Deshalb komme er dazu, grundsätzlich die Pflicht des Staates anzufragen. Die Gemeinden können zum Ersatz nicht herangezogen werden. Ein Unterschied zwischen den Betroffenen dürfte nicht gemacht werden. Die unterschiedliche Behandlung bedeute ein Wärmefuß für die Plünderer, besonders die wohlhabenden Bürger heimzuführen. Das Gesetz müsse rückwirkende Kraft haben.

Ein Zentrumsmittglied meint, wenn man dem Staatsbürger keine Entschädigung geben wolle, erklären man Staat als bankrott. In der vorliegenden Form könne keine Partei die Vorlage nicht annehmen.

Ein Sozialdemokrat: Gegenüber den übertriebenen Forderungen müsse ein Schutz geschaffen werden. Wenn das gelinge, müsse die volle Entschädigung gezahlt werden. Es verheißt nicht, wie man die Gemeinde für die Schäden haftbar machen wolle, wenn der Staat verlag. Im Gesetz müsse ferner eine Sicherung geschaffen werden, daß die Verfallensgesetze, nachdem sie die Prämien erhalten haben, auch den Schaden tragen müssen.

Ein Demokrat: In der Tat will die Forderung der Beschlüsse der Parteien nicht. Die Frage der Bedürftigkeit dürfe keine Rolle spielen.

Ein Volksparteier: Er sei sich noch nicht klar, ob es zweckmäßig sei, den Gemeinden die Ersatzpflicht zu nehmen. Häufig treffe den Gemeinden doch ein gewisses Verschulden. Eine unterschiedliche Behandlung der Geschädigten halte er für richtig!

Der Regierungsvertreter: Wenn man die Sache auf die Frage der Schuld abstelle, dann könne das Reich oder der Staat als Ersatzpflichtiger nicht in Frage kommen. Man dürfe diese Unruhen nur als Naturereignis betrachten. Deshalb wäre die Verteilung, wie sie das Gesetz vorschreibe, richtig. Jetzt könne man die Höhe des Schadens nicht feststellen. Deshalb müsse der finanzielle Standpunkt durchschlagend sein. Den reichen Leuten könne man nicht festsetzungsweise hohe Ratenverträge erlassen. Der Standpunkt, daß ein Ratenvertrag möglich wäre, lasse sich nicht aufrecht erhalten.

Dem Ausschuß gehört auch unser Abg. Dellus an.

Wir sind eine rechte Gewerkschaft und vertreten die Interessen unserer Mitglieder nicht nur aus rein autoritativen Gründen, sondern im Rahmen des Gesamtvolkes und Gesamtvolkes.

Deutsche Nationalversammlung.

22. B. Berlin, 9. Oktober. 91. Sitzung. Am Ministerische: Müller, Reichstanzler B a e r t a.

Präsident Freytag eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltes mit der politischen Beipredung, die gestern wegen des Attentats auf den Abg. Haase abgebrochen wurde.

Abg. Cohn (L. S.): Unter Aush bleibt der alte. Auch die Doktrin Scheibemanns können und nicht rühren. Herr Ebert hat schon seinen Kopf dahin. Er wird so viel Spuren seines Wirkens hinterlassen, wie ein Schützenkönig.

Rebner geht hierauf auf die Verhandlung der Zensur und der Versammlungsverbote durch Minister Noke ein, die vor frassen Bejahung stehen nicht zurücksprechen. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien haben die Mehrheitssozialisten die Weisheit der Minoritäten beansprucht, aber den unabhängigen die Verantwortung aufbürden wollen. (Lachen und Widerspruch bei den Soz.) Wenn Sie (nach den Mehrheitssozialisten) so klug dem o. frassische, sozialistische Politik von der überharten Linien aus treiben wollen, dann wäre über eine Wiedervereinigung zu reden.

Einer der Hauptführligen im Baittum ist Win n i g. Die Wirklungen sind hier in Berlin unter den Augen des Reichswehrministers bis in den Sommer hineingegangen. Die schwerste Sünde der Regierung ist die, daß sie die Beziehungen zu Preußen nicht wiederhergestellt hat.

Zu der Diplomatie liegen die Lebensfragen des deutschen Volkes.

Es ist Gefahr vorhanden, daß uns auch noch Dippelweizen verloren geht. Die Regierung muß eine positive Diplomatie treiben.

Reichsminister Noke: Herr Hergt hat mit heute die päpstliche Erklärung abgegeben, daß der Parteivorstand der Deutschen Nationalen den Zweck des gewöhnlich erwähnten Pamphlets fernsteht. Ich nehme davon Kenntnis. Gegen gepredigte Gewalttätigkeiten hat die Regierung sich zur Wehr zu setzen. Darum sind gewisse Schriften verboten worden.

Gegen einen neuen Bürgerkrieg muß die Regierung Sicherheitsmaßnahmen treffen.

Unangemeldet die Versammlungen in Berlin können und werden nicht geduldet werden. Die Unabhängigen machen das Ausland schief gegen uns durch teilweise erlogene Nachrichten. (Lachen links.) Wir brauchen Soldaten an der Ditzgenze und im Innern. Polen vergrößert seine Armee dauernd. Wir werden die Truppen abbauen, sobald es möglich ist. Deutschland hat die Rüstung nicht vergrößert, und die Regierung wird den Vertrag loyal halten. Die „Freiheit“ lautet: „Lüttich will nicht abziehen.“ General von Lüttich hat nur darauf hingewiesen, daß eine allmähliche Abziehung, das heißt Entlassung der Soldaten, gegeben ist durch die Möglichkeit nun. In Frankreich nimmt die chauvinistische Partei alles gläubig an, was die „Freiheit“ schreibt. Verhandlungen für die Reichswehr haben seit anderthalb Monaten fast reiflos aufgehört. Aber bei den kurzen Kontakten mit den Deutschen sind hier und da Neueinstellungen nötig.

Mündliche Verhandlungen mit der Entente über alle militärischen Fragen werden eingeleitet, sobald es möglich ist, um alles Mißtrauen zu beseitigen. (Beifall.) Die Verhandlungen für Russland konnten leider nicht so rasch abgebrochen werden wie gewünscht. Gegenüber den notwendigen Soldaten in Russland die Spernung der Lebensmittel anzuwenden, geht noch nicht an. Wir möchten das Land unversehrt verlassen.

Reichsminister Müller: Die Zulassung der deutschen Gewerkschaften in Washington ist von der dortigen Konferenz selber abhängig. Die Regierung und die Vertreter der Arbeitgeber werden, ebenso wie die Gewerkschaften sehr gern an der Konferenz teilnehmen, vorausgesetzt, daß wir gleichberechtigte Mitglieder herbeiführen können. Verhandlungen sind im Gange. Bisherzeit können wir gar keine Verträge mit der russischen Regierung schließen, denn das ist uns vor der Rüstungsverboten. Nach Polen ist von uns kein Heeresvertrakt verkauft worden, wohl aber nach der Tschechoslowakei mit Einwilligung der Entente. Die letzte Regierung steht auf dem Standpunkt, daß der Vertrag bezüglich des Einbürgerungsrechts für deutsche Truppen deshalb hinfällig ist,

Abg. Dr. Traub (Dr.): Das Ministerium des Reichsaufbaus muß schon mit dem Auswärtigen Amte gehen. Die Verlängerung der Nationalversammlung widerspricht dem demokratischen Gedanken. Aber kritisiert dann eine Reihe sozialistischer Pressen. (Wiederholter Lärm links.) Die demokratische Partei hat mit anonymen Veröffentlichungen nichts zu tun. Die Weisheit der Soldaten im Baittum will nichts als im Frieden leben und ein Stilles Land bauen. (Beifall rechts.) Ich freue mich nicht, daß es Frankreich nicht geht. Durch die Revolution sind wir nun einmal in dieses Elend gekommen. (Stürmischer Widerspruch links. Bravo rechts, Helden links.) Reichsminister Noke: Ich bin der deutschen Nationalen Partei nicht nachgegangen, war aber bereit, zu einer Ausrede, die auch heute normiert hätte. Abg. Freytag von Reichspost (Dem.): Allein die Demokratie kann Ordnung und Autorität herstellen, ohne zur Diktatur zu greifen. Wir brauchen das Ausland zu unserer Wiederaufrichtung. Das Vertrauen des Auslandes zu unserer Regierung muß gestärkt werden. Dazu trägt die Haltung der Opposition, besonders der rechts, nicht bei. Der Friedensvertrag ist dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und zumal dem des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

Im Weisheitsbund wollen wir weiter arbeiten, weil die Vertreter der Entente der Welt nur durch Weisheit erhandeln näher kommen werden. Wir hätten einen früheren Termin für die Wahlen gern gesehen, aber die Aufgabe der Nationalversammlung ist erst erfüllt, wenn wir dem deutschen Volke die Möglichkeit zur Arbeit völlig gegeben haben werden. (Beifall.)

Es erfolgt Beratung. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Anträge; Entaberrung, Fortsetzung. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

22. B. Berlin, 9. Oktober. Am Ministerische: Deller. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Die zweite Haushaltsberatung wird bei der Eisenbahnverwaltung fortgesetzt.

Abg. Dominikus (Dem.) empfiehlt einen Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrum und der Demokraten, worin die Regierung ersucht wird, eine gründliche Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung und der Verhältnisse vorzunehmen. Ferner ein Lohnverbot einzuführen, bei dem die Arbeiterarbeit an gesteigerten Leistungen interessiert wird. Voraussetzung für die Einführung dieses Lohnverbotes ist jedoch die Mitwirkung der Arbeiter; oder ihres Vertrauensmannes sein und der Grund, daß niemand weniger verdienen darf, als nach dem geltenden System. Die Regierung wird das weitere erlaucht, in dieser Richtung sofort mit den gewerkschaftlichen Organisationen und einer vom Haushaltungsausschuß zu wählenden Vertretung von sechs Mitgliedern der Parteien in Verhandlungen zu treten.

Abg. Dr. Schmieding (Dr.): Der Abgeordnete Brunner hat gestern schwere Beschuldigungen gegen den früheren Minister Breitenbach erhoben, die durch nichts gerechtfertigt sind. Der Minister hat den schwersten Anforderungen, die an unsere Eisenbahnen im Kriege gestellt wurden, zu genügen gewußt. Es fragt sich nun, ob wir für die Aufgabe unserer Eisenbahnen an das Reich die Entschädigung in Gestalt einer Kapitalabfindung oder einer Rente fordern sollen. Ich würde mich für die Rente entscheiden. Mit der Wiedereinführung der Alfordarbeit bei den Eisenbahnen sollten sich wohl Verhalte lösen. Hat ihr doch auch der Landwirtschaftsminister hinsichtlich der Fortien schon das Wort geredet. Es wird dieselbe über übermäßig hohe Preise in den Lohnhöhenminderungen. (Beifall.)

Abg. Dr. Frenkel (Dr.): Auch ich folge Herrn Brunner nach. Ich lehne es ab, einzelne Personen zu loben oder zu tadeln. Darin liegt eine gewisse Heberhäufung des Einflusses, den der einzelne hat. Es sind Fehler gemacht in unserer Bahnverwaltung. Eine Art von Verwaltungsvirtuosentum hat sich herausgebildet. Auch ein soziales Verständnis für die Forderungen der Arbeiter fehlt es zeitweilig. Aber im großen ganzen waren dennoch unsere Bahnen vorzüglich ausgestattet, und der Betrieb außerordentlich im Hinblick auf Sicherheit, Pünktlichkeit und Billigkeit. Die Verantwortung auf das Reich kann erst erlangen, wenn unsere Bahnen wieder erhalten sind. Die Elektrifizierung bedarf des weiteren Ausbaues.

Minister Deller: Gegen den Voranschlag von 1919 haben wir einen Mindervertrag von mindestens 654 Mill. haben.

Wir müssen den Güter- und Personerverkehr einschränken. Die Ausgaben für den Betrieb sollten für 1919 etwa 4 800 Millionen betragen, in Wahrheit werden sie aber siebenhundert Milliarden erreichen.

(Hört, hört!) Den Unterbeamten ist es auch heute schon möglich, in mittlere Stellen einzurücken. Um den mittleren Beamten das Zurückgehen in höhere Stellen zu erleichtern, werden als Uebergangsstufen gehobene mittlere Stellen geschaffen. An Entschädigungen für die Beschäftigten werden wir im laufenden Jahre 160 Millionen an Marsch zu zahlen haben. (Hört, hört!) Die Verlosung von Beamten und Arbeitern wegen ihrer politischen Gesinnung ist nicht buben. Der Abgeordnete Brunner hat den Verstand und den Charakter meines Amtsvorgängers in erheblicher Weise in die Debatte gezogen, die nach meiner festen Überzeugung unbegründet ist. Man kann Herrn von Breitenbach die Hochachtung für seine Leistungen und seinen Charakter nicht verlagern.

Das ganze Verwaltungsverfahren wird reorganisiert werden. Ich werde bestrebt sein, mit den Arbeitern zu einer vollen Verständigung zu gelangen. (Beifall.)

Abg. Garmisch (D. Wp.): Die unwürdige Kritik des Abgeordneten Brunner an Minister Breitenbach weisen auch wir auf das schärfste zurück. Zu größeren Leistungen der Verwaltungen werden wir erst dann kommen, wenn die Alfordarbeit im Einklang mit den Arbeitern selbst wieder eingeführt wird. Wir bezürhen die

Der Kampf der Eisenbahner-Verbände.

Aus dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband sind erschienen:

Die Leitung des deutschen Eisenbahner-Verbandes in Halle läßt sich benötigt, wieder einmal etwas von sich hören zu lassen und deshalb der Artikel in Nummer 235 des „Volksblattes“ vom 7. 10. Der allgemeine Eisenbahner-Verband auf Schlesien, der ebenfalls schon bemerkenswert ist, weil sogar die Saale-Regelung gelobt wird. Der D. E. V. hat einen eigenen Artikel, der von Verhandlungen und Lügen wider letzteres Wissen trost, sehr eines um den Mitgliederbund vorzubringen, den die Affäre, nicht mit den Wählern leicht vertritt. Beiden des D. E. V., verurteilt hat. Ja, in letzteren lassen sich nicht ungenügend vorgeben! Und das alles, nachdem in der nächsten Nummer der Zeitung über drei Arbeiterverbände eine Erklärung stehen soll, der Bundeskampf wird: es geht um den Tarifvertrag baldigst unter Dach zu bringen.

Zur Sache selbst ist zu bemerken, der A. E. V. war und ist gegen jede Alfordarbeit im Eisenbahnbereich. Dagegen hat Herr Brunner, der ja jetzt wieder Beigeordnete im Reichstag ist, dem Herrn Minister Deller erklärt, Herr Riebel habe sich namens des A. E. V. gegen das Alford mit öffentlich erklärt und das erwiderte die Situation. Bei den Verhandlungen am 9. 10. im Ministerium erklärte Herr D. E. V. entgegenstehen gegen den Alford, der Erhebung aber vom D. E. V. war ausgesetzt. Auch der Reichsmittler Schmidt, ein freier Gewerkschaftler, trat entgegen für die Alfordarbeit ein und dieser Minister erklärte am 15. 9., er lehne aus vor einem Konflikt mit der Arbeiterarbeit nicht zurück. Der demokratische Abgeordnete, Oberbürgermeister Dominikus, hat zwar für die Alfordarbeit in einer Resolution einen Antrag eingebracht, der aber von Riebel und Hoffmann schriftlich bekämpft wurde. Riebel wurde sogar vom Minister Deller der Vorwurf gemacht, er hätte den D. E. V. trotzdem gemacht. Herr Dominikus hatte sich mit den Herren Brunner und Schubert vom D. E. V. über einen gemeinsamen Antrag der Reichsverbände vertrieben und erklärt, daß sich die Herren des D. E. V. für Alfordarbeit ausgesprochen hätten. Schubert hat dann noch weiter mit Herrn Dominikus über einen solchen Antrag verhandelt. So, will nicht ein Herr Sch., nach dem er nicht Vollmitglied von Reichstag geworden ist, Landtag von Schmalbuden werden?

Genau so verhält es sich in der Frage der Wirtschaftsbetriebe. Auch hier hat in gemeinsamer Sitzung der Verbände des D. E. V., Herr Schöffel, die bekannten nichtigen Sätze geäußert, die von der Vertretung des A. E. V., der Gewerkschaft deutet Eisenbahner, dem Bund deutscher Telegraphenarbeiter und sogar dem Transportarbeiterverband, also einer freien Gewerkschaft, bekämpft wurden. Herr Schöffel hat darauf seinen Antrag zurückgezogen. Erst die Drohung des preussischen Finanzministers Dr. Gildemeier, die ganze Vorlage fallen zu lassen, hat den A. E. V. veranlaßt, im Interesse der Allgemeinheit der Eisenbahner, um jener Forderung Abhilfe machen zu lassen. Willen das die Herren vom D. E. V. nicht, oder wollen sie es, aus opportunistischen Gründen, nicht wissen?

Am 22. März des Tarifvertrages ist der A. E. V. mit einem Entwurf herausgekommen, der sich mit seinen 42 Paragraphen lesen lassen kann und der sogar in arbeiterlicher Beziehung den § 17 des Betriebsratsgesetzes im Tarifvertrag zur praktischen Anwendung bringt. Dagegen kann der Entwurf des D. E. V., mit seinen dreißigen 20 Paragraphen nicht leiden. Den Vertretern des D. E. V. ist der Entwurf des A. E. V. schon seit dem 20. September mündlich bekannt, also beidermaßen früher bekannt, als die anderen Entwürfe.

Nun meine Herren vom D. E. V., der Fall Gerner läßt sich nicht tollwühnen und auf Kosten anderer kein Kapital daraus schlagen. Der A. E. V. ist weder dumm, noch etwas anderes.

weil ein Teil der deutschen Truppen sich an dem Staatsreich beteiligt habe.

Ich hoffe, daß die Leute nunmehr zurückkehren. General von der Goltz hat erklärt, daß er an seiner Gegenrevolution teilnehmen würde. Er soll aber doch abgelöst werden wegen des Mißtrauens, das nun einmal gegen ihn besteht, und weil er nicht der rechte Mann zu Verhandlungen zu sein scheint. Jedenfalls wird keine nord- oder südwestliche Regierung von uns anerkannt.

Die russischen Verbände suchen ich zu verhindern. Ich hoffe, daß die Truppen im Baltikum die ruhige Überlegung wiedergewinnen. Wir mühen heraus aus dem Baltikum.

Abg. Eisenberger (b. l. Zeit.): Zur Lösung des Ernährungsproblems müßte die Regierung eine Neupolitik treiben und die Schweinezucht fördern.

Abg. Meerfeld (Soz.): Das Zentrum hat in seiner Rheinlands politik eine erfolgreiche Wende durchgemacht. Im Rheinland gibt es keine Partei mehr, die dem deutschen Einheitsstaat widerspricht. Die Rheinländer in ihrer brüderlichen Masse wollen von Frankreich nichts wissen. (Beifall.)

... von dem Reichstag ...

... sieben ...

Briefkasten.

St. 100. Leider hilft Ihnen nichts. Sie müssen nochmals die Steuer bezahlen, wenn das Ihnen verdammt weit, eben weil Sie keine Quittung über die Steuer haben...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Markvaluta in holländischer Decksung.

Aus dem Wasir wird berichtet: Der 'Telegraaf' beschäftigt sich mit einem Artikel über den Wert der Markvaluta...

Ueber die Lage des Samwollmarktes.

berichtet die Firma Knoop & Salatus in Bremen u. a. wie folgt: Die einzelnen besten Preisbedingungen sind im Laufe der verflochtenen Woche fast ununterbrochen in der Erscheinung getreten...

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte.

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.) Die Bewegung am rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte nahm für Rheinlande in der abgelaufenen Berichtperiode ein milde Form an...

Am 2. a. m. Markt war die Bewegung nicht so sprunghaft, aber doch nicht weniger kräftig und jedenfalls gleichmäßiger. Die Umsätze erreichten im Bereiche der Kohlenwerte hier noch eine wesentlich größere Ausdehnung...

Warenstimmungs-Bild.

Berlin, 9. Oktober. Wenn auch an der Börse der feste Grundton im allgemeinen bestehen blieb, so war doch bei weitem nicht überall der Kursgang gleichmäßig...

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Aus- und Ankaufkurse sind folgende:

Table with columns: Ort, Wechselkurs, Wert. Includes entries for London, Amsterdam, and other international locations.

Frankfurt: 112 2/3, Berlin: 112 1/2, Hamburg: 112 1/2, Leipzig: 112 1/2, Breslau: 112 1/2, etc.

Der rheinische Kaffeehandel. Aus Holland wird geschrieben: Nach Mitteilungen, welche aus Kreisen des hamburgischen Kaffeehandels...

Berlin, 9. Oktober. Am 1. d. M. ist die amtliche Notierung für telegraphische Aus- und Ankaufkurse...

Der rheinische Kaffeehandel. Aus Holland wird geschrieben: Nach Mitteilungen, welche aus Kreisen des hamburgischen Kaffeehandels...

Die Vereinigte Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft hat durch den Einzug der österreichisch-ungarischen Valuta erhebliche buchmäßige Verluste an ihren bisher nicht realisierten Vermögenswerten...

Bankwerte u. s. in Arbeit. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wird eine Dividende von 30 Proz. (i. H. 40 Proz.) beantragt. Davon werden 10 Proz. dem Reingewinn und 20 Proz. den Aktionären entnommen.

Bank-Zettelfest u. s. Frankfurt a. M. In 1918/19 war laut Bericht eine weitere erhebliche Umwälzung zu verzeichnen, während bedeutend erhöhte Umsätze für sämtliche Rohmaterialien, Arbeitelöhne, Gehälter usw. sowie die 80prozentige Kriegerrenten der Reingewinn schmälerten...

Den vereinigten Eisenbahn-Gesellschaften u. s. In Dresden ist die Genehmigung erteilt, bei Auslösung der Aktienkapitalien auf der Höhe zu den Evidenzen des gegenwärtig gültigen Kontenplans...

abzugsfähigen Schmelzlohnbeiträge als Ausgleich für die Kohlensteuer zu erheben. Die Erhöhung der Schmelzpläne gilt bis zum 1. Juli 1920.

Das der Kobalt- und Kupferindustrie. Der Anfang 1918 geschlossene Kriegszustand der Kobalt- und Kupferindustrie hat sich der Schmelzpläne mittels Erzeuger 2 1/2 bzw. 3 bzw. 4 Prozent...

Berliner Börse vom 9. Oktober 1919.

Large table of market data including 'Deutsche Werte', 'Ausland. Werte', 'Eisenbahn-Aktion', 'Bank-Aktion', 'Indus-Rie-Aktion', and 'Schiffahrts-Aktion' with various stock prices and exchange rates.